

Hamburger Skripte 2

Ein Politisches Beben
verändert die Stadt –
bald auch die Republik?
Gedanken zum Aufstieg
der Schill-Partei

rlb Rosa Luxemburg
Bildungswerk.

Vorwort

Die Bürgerschaftswahl in Hamburg im September 2001 hat aufgrund des außerordentlichen Wahlerfolges der als Schill-Partei bekannten *Partei Rechtsstaatliche Offensive* weit über die Grenzen der Hansestadt hinaus Beachtung gefunden.

Nicht nur der Regierungswechsel von Rot-grün zu Schwarz-Schill, sondern die Tatsache, daß eine als rechtspopulistisch bezeichnete Partei aus dem Stand fast zwanzig Prozent der Stimmen erzielen kann, zwingt zu einer genaueren Betrachtung.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gehen wir nicht davon aus, daß sich das Phänomen Schill von selbst lösen wird. Die von vielen erhoffte Entzauberung steht noch aus. Die mediale Skandalisierung der Arbeitsweise des Hamburger ‚Partysenator‘ Schill und seiner Senatorenriege reicht hierfür nicht aus. Auch die aktuellen Umfragedaten können nicht als sicheren Beweis hierfür herangezogen werden. Die parlamentarische und außerparlamentarische Opposition ist es bislang nicht gelungen reale und glaubwürdige politische Alternativen anzubieten.

Zu befürchten ist, daß die Konsolidierung der Senatsarbeit und damit erste, wenn auch nur scheinbare Erfolge in der Bekämpfung der Kriminalität zu einer Stabilisierung des Einflusses der Schill-Partei führen werden. Es sollte nicht übersehen werden, daß die Bewertung der Schill-Partei außerordentlich polarisiert ist: Was den einen die Bestätigung ihrer Urteile über den Rechtspopulisten Schill ist, ist den anderen die Bestätigung, daß hier lediglich der politische Gegner und die Medien den entschiedensten Gegner des verfilzten Establishments auf übelste Weise verleumdete.

Der hier publizierte Aufsatz untersucht die Ursachen des Schill’schen Erfolges und unternimmt einen Ausblick auf die bundesweiten Zusammenhänge und Entwicklungsmöglichkeiten.

Diese Publikation entstand mit freundlicher Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

Winfried Schebesch

Vorsitzender des Rosa-Luxemburg-Bildungswerks e.V.

Meinhard Meuche-Mäker

Ein Politisches Beben verändert die Stadt – bald auch die Republik? Gedanken zum Aufstieg der Schill-Partei

„Alles Gute, Herr Schill, weiter so und was nix taugt, einlochen!“
Ein Gratulant auf den Neujahrsempfang des
Hamburger Senats am 01. Januar 2002¹

Die Ergebnisse der Wahlnacht vom 23. September lösten nicht nur in Hamburg ein politisches Beben aus. Der kometengleiche Aufstieg der Partei Rechtsstaatlicher Offensive des Amtsrichters Ronald Barnabas Schill hat mit den erstmals gewonnenen 19,4% der gültigen Stimmen² etwas erreicht, daß es in der Bundesrepublik noch nie gegeben hat. Seine Partei, die er erst im Juli 2000 gegründet hat und die 43 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger nicht für eine demokratische Partei halten³, erreichte aus dem Stand den Einzug ins Parlament, wurde mit Abstand drittstärkste politische Kraft und Regierungspartei.

Der Erfolg der Schill-Partei hat allerdings nicht nur die seit über vier Jahrzehnten allein oder in Koalitionen an der Regierungsmacht befindliche SPD entthront und zur Bildung eines aus CDU, Schill-Partei und FDP bestehenden Mitte-Rechts-Senats geführt. Ihr massiver Stimmengewinn hat auch dazu geführt, daß die CDU stark verloren hat und nur knapp über ihrem historischen Tief von 1993 liegt. Auch die FDP, bei anderen Landtags-

* *Der Text basiert auf einem für das Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung „Rechtsextremismus und Antifaschismus am Beginn des 21. Jahrhunderts. Alte und neue Fragen an Politik, Forschung und politische Bildung“ erarbeiteten Vortrag und wurde am 05.02.02 abgeschlossen.*

¹ Ernst-Gerhardt Scholz, Von Beust, Schill und 2100 „Glücksbringer“, in: „Hamburger Abendblatt“ v. 2.1.02, S.21

² Eine knappe Übersicht zum Wahlergebnis zur Hamburger Bürgerschaft im Anhang.

³ Forschungsgruppe Wahlen e.V., 23. September 2001 Wahl zur Bürgerschaft Hamburg

wahlen (z.B. in Berlin) und bundesweiten Umfragen im Aufwind, rutschte nur mit 700 Stimmen knapp über die Fünfprozenthürde. Letztendlich hat die Schill-Partei das gesamte rechtsextremistische Parteienspektrum vollständig beerbt. So gesehen ist die Schill-Partei die einzige Gewinnerin der Hamburger Bürgerschaftswahl.

Schill: „Ich würde mich nicht als rechts bezeichnen. Ich bin grundsätzlich liberal.“⁴

Seit geraumer Zeit wird in der Öffentlichkeit davon ausgegangen, daß Schill ein Rechtspopulist sei. Das ist nicht unbedingt falsch, enthält allerdings eine zu große Unschärfe. Unterschiedlichste Parteien und Organisationen wie die DVU, die Republikaner, die Hamburger Statt-Partei und andere mehr werden so benannt, die Unterschiede damit zugleich verwischt. Raschke/Tils⁵ skizzieren treffend die Problematik und verwenden den Begriff des Populismus für eine konkrete Politik-, Interaktions- und Kommunikationsform, die vier Kernelemente enthalte: Charismatische Führerschaft, „Einfaches Volk“ vs. Establishment, Radikale Simplifizierung sowie Vorurteils- und Angstpolitik.

Diese Kriterien als Maßstab genommen, ist die Schill-Partei unstrittig populistisch. Schill selbst ist - trotz aller Eigentümlichkeiten seiner Persönlichkeitstruktur – dank der Inszenierung als „Richter Gnadenlos“ der charismatische Führer der Partei, die ohne „Schill“ als Markennamen schlecht vorstellbar wäre. Auch auf dem Wahlzettel stand der Kurzname Schill-Partei und nicht das Wortungetüm Partei Rechtsstaatlicher Offensive. Auf den massenhaft besuchten Wahlveranstaltungen konnte er ‘den Draht herstellen‘ zu seinen potentiellen AnhängerInnen, der Funke der Begeisterung sprang über. Der Kampf gegen das Establishment, die sich überall breitmachenden 68‘er, das „Kartell der strafunwilligen Jugendrichter“, gegen „die Traditionsparteien“, gegen den „Filz“ im Allgemeinen, das sind seine Themen um antidemokratischen, rechten Antiparlamentarismus zu betreiben.

Selbst noch im Bürgermeisteramt bekämpft er verbalradikal die politische Klasse: „Wer Obstruktionspolitik betreibt und versucht, uns auszubremsen,

⁴ So Schill in einem Interview, in: „Junge Freiheit“ v. 7.12.01

⁵ vgl. Joachim Raschke / Ralf Tils, CSU des Nordens, in: „Blätter für Deutsche und Internationale Politik“, Bonn, Januar 2002, S.51ff.

wird aus einflußreichen Positionen entfernt werden müssen.“⁶ Einfache, radikale Antworten („Kastration aller Sexualstraftäter“, „den Stau auflösen“) suggerieren die Lösung komplexer, für zahlreiche Menschen undurchschaubar scheinender gesellschaftlicher Probleme. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Kriminalität und Gewaltbekämpfung. Er macht sich die Ängste der Menschen vor einer ungewissen Zukunft genauso zu nutze, wie die Ängste vor real existierenden und erlebten Problemen sich verschärfender sozial prekärer Lagen in einer Großstadt („Hamburg – Hauptstadt des Verbrechens“) und internationalen Metropole.

Wenn hier für eine differenzierte Betrachtung plädiert wird, heißt dies weder, das zitierte Selbstbild Schills für Bare Münze anzusehen, geschweige denn, zu übersehen, daß die Schill-Partei ihre inhaltlichen Anleihen im ausländerfeindlichen, rassistischen Bereich nur schwer bis gar nicht kaschieren kann. Im Wahlprogramm werden nicht explizit ausländerfeindliche Parolen ausgegeben, aber die Botschaften sind so unmißverständlich, daß die Lutherrschaft über den Stammtischen mühelos errungen wird. „Zwar wird die Mehrheit der in Hamburg lebenden ausländischen MitbürgerInnen vordergründig für ihr integratives Verhalten gelobt, um jedoch im gleichen Atemzug die bekannten Vorurteile nachzubeten. Neben dem Thema Kleinkriminalität geht es dabei um den Drogenhandel, der zu ca. 70% in ausländischer Hand sei. Auch könne es sich die Metropole nicht mehr leisten, wenn 30% der Sozialhilfe oder fast 620 Mio. DM für Immigranten ausgegeben werden und ca. 6.000 rechtskräftig ablehnte Asylbewerber die Steuerzahler mit rd. 90 Mio. DM belasten.“⁷

„In einer ersten Präzisierung bietet sich für die Schill-Partei die Kennzeichnung rechtskonservativer Populismus an.“⁸ Ihre Positionen sind noch verfassungskonform, in diesem Sinne nicht extremistisch und die Partei grenzt sich hiervon auch deutlich ab. Es greift ins Leere, die deutlichen Distanzierungen Schills zu ignorieren, wenn er beispielsweise formuliert: „Ich verbitte mir jeden Vergleich mit Jörg Haider, da er sich nicht von den Verbrechen des Dritten Reiches ausreichend distanziert hat.“⁹ Dies ist einer der

⁶ So Schill im Interview, in: „Hamburger Abendblatt“ v. 7.11.01

⁷ Bernhard Müller, Aufstand der Anständigen. Rechtspopulismus in Hamburg, in: „Sozialismus“, Hamburg, Oktober 2001, S.14

⁸ Joachim Raschke / Ralf Tils, a.a.O., S.53f.

⁹ So Schill in einem Interview, in: „Junge Freiheit“ v. 7.12.01

Gründe, warum eine Stigmatisierung nicht funktionierte¹⁰ und Schill im bürgerlichen Lager salonfähig wurde.

Er orientiert auf die konservative Begriffswelt eines starken und autoritären Staates. Die - in seinem Sinne - Entpolitisierung und Refunktionalisierung von Polizei und Justiz sind deshalb Kernelemente seiner politischen Strategie. Dirk Schümer vertritt in der FAZ die Position, von Hamburg möge eine Modellfunktion ausgehen, die den Anschluß an die Veränderungen in Europa finden läßt. „Haben die Menschen bei den Wahlen tatsächlich die Wahl, lassen sie sich also mit einem Votum für einen effektiven, entideologisierten, gerechten Staat nicht mehr ins rechtsextreme Lager bannen, ist plötzlich nicht nur eine neue Volkspartei im Entstehen – auch Interesse und Beteiligung erreichen wieder ein gesundes Maß.“¹¹

Interessant ist die Bewertung in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zu diesem Aspekt, die das Projekt Schill-Partei inzwischen bedauernd in Gefahr sieht. Aufgrund der angeblich politischen Unmöglichkeit, daß in der Bundesrepublik eine rechte Partei gesellschaftlich akzeptiert wird, - die Ursachen lägen u.a. in der „strategischen Impotenz“ und der „Sozialdemokratisierung“ der CDU – hätte die Schill-Partei praktisch keine Alternative zu ihrem Abgrenzungskurs gegenüber der extremen Rechten gehabt. „Als richtig unter den obwaltenden Umständen ist zu bewerten, daß sich Schill rigoros gegen Rechts abgrenzt. Es bleibt ihm letztlich gar nichts anderes übrig, soll die Partei nicht bereits in den Startlöchern ins Straucheln kommen. ... Deshalb zeugt der pragmatische Kurs der Schill-Partei von politischen Instinkt.“¹²

Erfolgsbedingungen rechtspopulistischer Politik

Bislang wurden erst zunehmende rechtspopulistische Gefahren eher im europäischen Ausland wahrgenommen, als in der Bundesrepublik. Namen wie Jörg Haider in Österreich, Umberto Bossi und Gianfranco Fini in Italien oder – zeitweilig – Jean-Marie le Pen in Frankreich bzw. auf rechts-

¹⁰ siehe hierzu: Frank Decker, Wenn Schill scheitert, dann an sich selbst, in: „Frankfurter Rundschau“ v. 14.11.01 Dieses Moment wird häufig übersehen, beispielsweise bemüht auch Klaus Staeck das Argument, Schill werbe lediglich am äußeren rechten Rand um Wählerstimmen. Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ v. 17.01.02

¹¹ Dirk Schümer, Die neuen Staatsfreunde, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ v. 25.09.01

¹² Michael Wiesberg, Schill unter Druck, in: „Junge Freiheit“ v. 07.12.01

bürgerliche Weise Christoph Blocher in der Schweiz, Carl I. Hagen in Norwegen oder jüngst Pia Kjaersgaard in Dänemark standen für die Fähigkeit, rechtspopulistische, rechtsextremistische oder rechtsbürgerliche Positionen in elektoralen Erfolg umzusetzen und damit Einfluß und teilweise sogar Regierungsbeteiligungen zu erkämpfen.

Aber auch in der Bundesrepublik sind sich seit Jahren viele Beobachter einig, daß „ein weit höheres rechtsextremes oder rechtspopulistisches Potential besteht, als es die Wahlergebnisse von DVU, Republikanern und NPD zeigen. Das belegen nicht nur die vielen rassistischen Anschläge, die in dieser Massivität in vielen Ländern mit höheren Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien nicht zu finden sind“¹³. Auch in der jüngst von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie über die gesellschaftliche Akzeptanz von Rechtsextremismus und Gewalt¹⁴ wurde dies erneut belegt. Erinnerungen an die Sinus-Studie von 1981 werden wach, in der 13 Prozent der Bevölkerung ein ideologisch geschlossenes rechtsextremes Weltbild attestiert wurde.

Es soll im folgenden dem Ansatz¹⁵ gefolgt werden, daß der Rechtspopulismus auch in der Bundesrepublik über gute Wahlchancen verfügt, wenn eine Reihe von Bedingungen zusammenkommen. Eine entscheidende Bedingung ist die zunehmende Auflösung klassischer sozialer und kultureller Milieus und die u.a. daraus folgende Auflösung traditioneller Parteibindungen. Ursächlich sind hierfür sozialstrukturelle Veränderungen, Folgen von gesellschaftlicher Modernisierung und Globalisierung und den daraus folgenden Ohnmachtsgefühlen und Zukunftsängsten¹⁶. Diese Bedingung wird als erfüllt angesehen und an dieser Stelle nicht weiter aufgegriffen. Weitere Bedingungen sind die konkrete politische Situation und die Frage, ob eine charismatische Partei in der Lage ist, ihre Gelegenheit zu nutzen. Beides soll hier näher untersucht werden.

¹³ Florian Weis, Provinzposse oder deutscher Haider?, in:

www.rosaluxemburgstiftung.de/Aktuell/wtext/kw3901n.htm, September 01

¹⁴ vgl. Gunter Hofmann, Starke Hand gesucht, in: „Die Zeit“ Nr.52 v. 20.12.00

¹⁵ vgl. Frank Decker, a.a.O.

¹⁶ Die Literatur ist geradezu unüberschaubar. Vgl. den jüngst erschienenen Beitrag von Joachim Bischoff / Richard Detje, Krise der Politik. Zivilgesellschaft und Demokratie im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts, in „Sozialismus“, Hamburg, Oktober 2001, S. 20 ff.

Problemfall Hamburg: Schill – Schlüssel für den Wechsel nach Rechts

Hamburg zählt nicht nur zur den reichsten Regionen Europas, sondern hält viel auf seine hanseatisch-liberale Tradition. Aber „Hamburg hat zudem eine politische Klasse, die aus Abgehobenheit, Ignoranz und politischer Dummheit eine Stadt- und Sozialentwicklung betrieben hat, die seit längerem den Nährboden für starke rechtspopulistische Strömungen ist.“¹⁷ Es läßt sich nicht verleugnen, daß der SPD/GAL-Senat in der letzten Legislaturperiode auf den Feldern der Standort- und Sparpolitik viel bewegt hat. Seine Form der Wirtschaftspolitik (z.B. Ausbau der Airbusproduktion) bei gleichzeitigem Überwinden ökologischer Widerstände, Modernisierung von Quartieren sowie eine relativ geringe Arbeitslosenquote brachten Beifall von Gewerkschaften aber auch von CDU und Wirtschaftskammern. In den sozialen Brennpunkt-Stadtteilen sind die erwarteten Sicherheitseffekte jedoch nur bedingt angekommen. Das Thema der Inneren Sicherheit ist auch trotz der deutlichen Warnung durch das '97er Wahlergebnis vernachlässigt worden und durch die SPD erst im Frühjahr 2001 mit dem Einwechseln ihres Landesvorsitzenden Scholz zum neuen Innensenator rein „wahlkampfmäßig“ und vor allem unglaublich bedient worden.

„Konsequenz: Mit der Verwahrlosung, Verarmung, dem Sichtbarwerden von Bettelei, Drogenumschlag, aber auch multikulturellen Kommunikations- und Lebensformen schlug die Stunde des »Richters Gnadenlos«. Der wegen fragwürdiger Rechtsprechung suspendierte Richter Schill erklärt die Kriminalität, die Versorgung von Flüchtlingen und den stockenden Stadtverkehr zu Schlüsselfragen des Volkswohlstandes.“¹⁸

Im Konzept der Schill-Partei spielen Aspekte der Arbeitsmarktpolitik, der Wirtschafts- und Infrastrukturförderung oder gar der Bildungspolitik bislang keine tragende Rolle. Durch das gesamte Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl zieht sich der Gedanke, daß die ökonomischen und haushälterischen Probleme Hamburgs deutlich reduziert würden, wenn erst härter gegen Kriminalität und Immigration vorgegangen werden würde. Im Wahlprogramm¹⁹ wird die Figur des Kriminellen in einer Art und Weise skiz-

¹⁷ Bernhard Müller, a.a.O.

¹⁸ ebenda

¹⁹ Das Programm und die sog. Parteigrundsätze werden in diesem Text nicht näher untersucht. Die Dokumente finden sich unter: www.schill-partei.de/programm/programm.htm

ziert, die auf fatale Weise an die eines für alle Übel herhaltenden Sündenbocks erinnert.

In Meinungsumfragen wurde seit dem Frühjahr 2001 festgestellt, daß die Sorge vor Kriminalität und Gewalt von den Hamburger BürgerInnen auf Platz 1 gesetzt wird. In der Forsa-Umfrage einen Monat vor der Wahl wurde u.a. festgestellt: Es „dominiert nach wie vor die Sorge vor Kriminalität und Gewalt. 48 Prozent der Befragten sehen darin das bedeutendste Problem. Im Vergleich zum Juli sind das noch einmal vier Prozentpunkte mehr, im Vergleich zum März gar zehn Punkte. An zweiter Stelle liegt inzwischen mit 33 Prozent die Sorge vor Arbeitslosigkeit, an dritter Stelle Verkehrsprobleme mit 31 Prozent.“²⁰ Auf Platz vier folgten dann mit 21 Prozent Drogenprobleme. Je mehr die Bedeutung des Themas Kriminalität im Jahresverlauf anstieg, desto höher fielen die Umfrageergebnisse für Schill aus. Letztendlich wurde ihm die größte Lösungskompetenz für dieses Thema zugewiesen²¹, weit vor CDU und SPD.

Die Bürgerschaftswahl wurde, stärker als die Wahl in Berlin und die meisten anderen Landtagswahlen, von lokalen Faktoren beeinflusst. In der Stadt entwickelte sich eine Anti-Filz- und Wechselstimmung. Hierbei spielten nicht so sehr die realen Positiv/Negativ-Posten des SPD/GAL-Senats eine Rolle, sondern die Auffassung, „mehr als vier Jahrzehnte an der Macht sei nicht gut – jetzt müßten mal die Anderen ran“. 44 Jahre ununterbrochene SPD-Regierungstätigkeit führten in der Tat zur Durchdringung und personellen Verflechtung von Behörden, öffentlichen Einrichtungen und Betrieben, also kurz der „Verfilzung“ der Stadt mit der SPD und haben berechtigten Unmut nicht nur bei der politischen Konkurrenz, sondern auch bei zahlreichen BürgerInnen entstehen lassen. Neben dem „Fachthema“ der Inneren Sicherheit dominierte dies die Stimmung im Wahlkampf und ermöglichte Schill einen weiteren, wesentlichen Zugang zu größeren WählerInnenspektren.

Ein häufig unterschätztes, aber gravierendes Motiv für die Stimmabgabe zugunsten von Schill war die Tatsache, daß Ende Juli für die Öffentlichkeit klar wurde, daß die CDU²² mit seiner Partei ein Regierungsbündnis einzu-

²⁰ Oliver Schirg, Machtwechsel - Schill schon bei 15 Prozent, in: „Die Welt“ v. 29.08.01

²¹ Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. : Schill 28 %, CDU 23 %, SPD 19 %

²² Peter Kruse, Warum von Beust „Richter Gnadenlos“ ins Boot holen will – ein Gespräch mit dem CDU-Spitzenkandidaten, in: „Hamburger Abendblatt“ v. 26.07.01 Es ist müßig zu spekulieren, worin die ausschlaggebenden Motive für von Beust gelegen haben mögen. Anzunehmen ist allerdings, daß er trotz seiner bisherigen, eher „hanseatisch-liberalen“ Positionierung, erkannt hatte, daß er ohne Schill nicht zu einer Mehrheit über Rotgrün

gehen bereit war. In den Umfragewerten stieg die Schill-Partei von 9 Prozent (Juli) auf 15 Prozent (August) an. „Sie konnte sich ... als reale Alternative, als Gestaltungs- und Protestpartei zugleich anbieten. Die Schill-Partei nutzt die vorhandene Unzufriedenheit von Wählern, greift rechten Antietatismus, rechten Antiparlamentarismus und allgemeine Parteienverdrossenheit auf und geriert sich als Protestpartei. ... Zugleich konnte die SCHILL-Partei glaubhaft vermitteln, daß sie ihre Konzepte in einer Mitte-Rechts-Koalition wird umsetzen können. Hierzu haben in der Endphase des Wahlkampfes die eindeutigen Koalitionsangebote von CDU und FDP beigetragen. Es ging also erkennbar nicht mehr nur um Protest - wie bei der Wahl der DVU - , sondern um die Chance auf die konkrete Umsetzung, zumindest eines Teils, des versprochenen Schill-Programms.“²³

Nicht unerwähnt bleiben sollte, daß es in Hamburg bereits bei der vorletzten Bürgerschaftswahl 1997 einen Anteil von ca. 7-10 Prozent für ein rechtspopulistisches bzw. rechtsextremes WählerInnenpotential gab. Allein Republikaner, NPD und DVU erreichten zusammen fast 7 Prozent der Stimmen, der DVU fehlten wenige Stimmen zum Überspringen der Fünfprozenthürde.

Weiteres Moment das zum Aufstieg der Schill-Partei beigetragen hat, war die Politik des Springerkonzerns, der den Hamburger Tageszeitungsmarkt beherrscht, und dessen Blätter (Die Welt, BILD, Hamburger Abendblatt) massiv für Schills Themen, teilweise auch für seine Partei die öffentliche Meinung beeinflußt haben. Hinzu kommt das Fehlen einer politischen Kraft der Linken, die willens und in der Lage wäre, die Probleme der Menschen ernst zunehmen und eine entsprechende realistische, solidarische Politik zu entwickeln, wie dies beispielsweise der PDS in ostdeutschen Bundesländern und Berlin ansatzweise gelingt. Ein zusätzliches Moment, ist der mangelhafte öffentliche Aufruhr über die Schill-Positionen. Außer der Gewerkschaft ver.di, die sich u.a. argumentativ auseinandersetzte²⁴ und einer SPD-

kommen würde. „Skrupellos, wie sonst nur die Art seines Altersgenossen Roland Koch ist, griff Ole von Beust nach dem Strohalm, der ihm das politische Überleben sicherte – kurz bevor ihn das 24. Jahr in der Opposition endgültig zum Gescheiterten gestempelt hätte.“ [Matthias Krupa, Halbstark in Hamburg, in: „Die Zeit“ Nr. 44/01] Die strategischen Probleme, die sich daraus für die Union ergeben würden, stehen auf einem anderen Blatt.

²³ Joachim Bischoff/ Meinhard Meuche-Mäker/ Winfried Schebesch/ Heino Windt, Bürgerschaftswahl in Hamburg – Zukunft der PDS, in: Rosa-Luxemburg-Bildungswerk e.V. (Hg.): Links • WählerInnen • Potenziale. Hintergründe und Schlussfolgerungen zur Wahl der Hamburger Bürgerschaft 2001, Hamburger Skripte 1, Hamburg 2001, S.19

²⁴ Hierzu die interessante Broschüre: ver.di /Hg.: Gnadenlos ahnungslos. Argumente gegen Rechtspopulismus, o.J./o.O. (Hamburg/2001)

freundlichen Kulturinitiative²⁵, verzichtete insbesondere die SPD weitgehend auf die konkrete öffentliche Zuspitzung und Auseinandersetzung. Noch weniger hilfreich waren die typischen Antifa-Reflexe eines Teils der politischen Linken („Schill-Out“, „Weg mit der Schill-Partei“), die die besondere Qualität des Phänomens Schill nicht erkannten und mehr der Beruhigung des eigenen Gewissens, denn der Beeinflussung der politischen Stimmung in der Stadt, geschweige denn der Überzeugung potentieller Schill-Wählerinnen und –wähler dienten.

Potentiale: Auf wen wirkt Schill - wer wählt Schill?

Es lohnt ein kurzer Blick darauf, wie die Zustimmung zur Schill-Partei verteilt ist und wer die Schill-Partei in Hamburg bei der Bürgerschaftswahl gewählt hat

	2001		1997		+ / -	Sitze	+ / -
	Anzahl	%	Anzahl	%			
Wahlbeteiligung		71,0		68,7	+ 2,3		
Gültige Stimmen	850311	100	822.931	100			
SPD	310.338	36,5	298.218	36,2	+ 0,3	46	- 8
CDU	222.890	26,2	252.354	30,7	- 4,5	33	- 13
Schill (PRO)	165.118	19,4			+19,4	25	+ 25
Grüne/GAL	72.655	8,5	114.776	13,9	- 5,4	11	- 10
F.D.P.	43.196	5,1	28.664	3,5	+ 1,6	6	+ 6
Regenbogen	14.190	1,7			+ 1,7		
DVU	6.043	0,7	40.957	4,9	- 4,3		
STATT Partei	3.504	0,4	31.401	3,8	- 3,4		
PDS Hamburg	3.297	0,4	5.354	0,7	- 0,3		
Republikaner	574	0,1	15.207	1,8	- 1,8		
Übrige		1,0		4,5	- 3,5		

Table 1: Wahlergebnisse der Hamburger Bürgerschaftswahl 23.09.2001

Neben den 165.000 Menschen (19,4%) die sie bei der Bürgerschaftswahl wählten erzielte die Schill-Partei bei den gleichzeitig stattfindenden Bezirksversammlungswahlen folgende Ergebnisse: BV Altona 15,7%, BV

²⁵ Es beteiligten sich z.T. weit über Hamburg hinaus bekannte Künstlerinnen und Künstler wie beispielsweise Hardy Krüger, Udo Lindenberg, Marius Müller-Westernhagen, Will und Christian Quadflieg, Nicole Heesters usw. Allerdings wurde in der Regel gegen „rechte Demagogen“ argumentiert, Schill aber nicht namentlich erwähnt.

Bergedorf 18,8%, BV Eimsbüttel 15,8%, BV Harburg 26,9%, BV Mitte 21,7%, BV Nord 15,0% und BV Wandsbek 19,1%.

Interessant ist die Frage, woher die Schill-Wählerinnen und -wähler stammen. Die Zustimmung stieg, je weiter das Wahlgebiet vom Zentrum der Stadt entfernt lag. Wie in Tabelle 1 gezeigt wird lag der Anteil der Stimmen von Rechtsextremistischen Parteien, vor allem von DVU und Republikanern, lag bei 45.720. Dies entsprach 28% der für die Schill-Partei abgegebenen Stimmen.

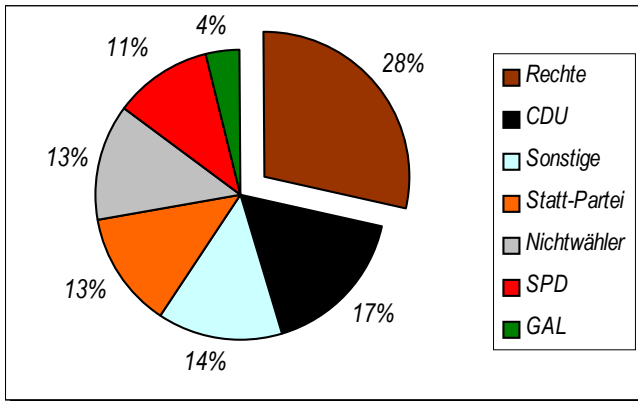


Tabelle 2: Woher kommen die Stimmen für die Schill-Partei?²⁶

Die Schill-Partei erzielte „relativ höhere Stimmenanteile in Stadtteile mit geringem sozialem Status, gekennzeichnet durch hohe Anteile von Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen und Geringverdienern sowie durch ein geringes Bildungsniveau der Bevölkerung.“²⁷ Dort wo das Steuerpflichtige Einkommen hoch ist 14,7%, dort wo es niedrig ist 19,4%. Entsprechend läßt sich feststellen, daß beispielsweise der Anteil der HauptschülerInnen (27%) dreimal so hoch ist, wie der der HochschulabsolventInnen (9%).²⁸

²⁶ Es gibt zwei völlig unterschiedliche Umfrageergebnisse zu dieser Frage. Es wird der des Instituts für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung in Kaufbeuren gefolgt. Vgl. Ernst-Gerhardt Scholz, So wanderten die Wählerstimmen, in: „Hamburger Abendblatt“ v. 25.09.01

²⁷ Statistischen Landesamt, Überblick: Parteien-Ergebnisse in besseren und weniger guten Wohnlagen, www.hamburg.de/Behoerden/StaLa/wahlen/wahl2001/welcome.htm.

²⁸ vgl. Ergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen

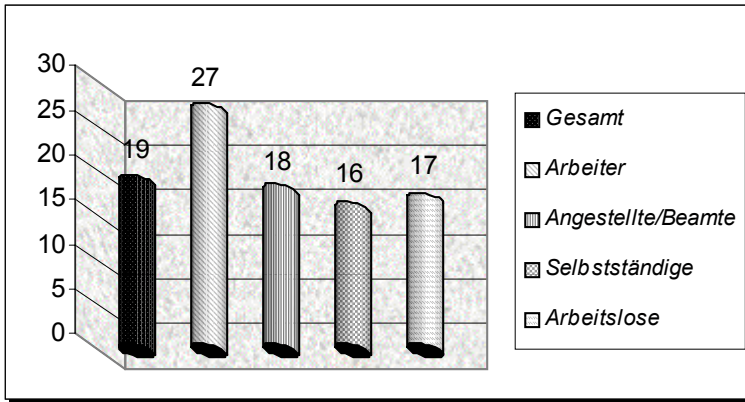


Tabelle 3: Wer wählte Schill? Sozialer Status

Aufgrund der hohen Wahlbeteiligung bei älteren Wahlberechtigten war der Anteil der 60jährigen Wählerinnen und Wähler sehr hoch und lag bei fast 41% der Schillwählerinnen und Wähler, wobei der Anteil der Frauen insgesamt nur bei 45,5% lag.

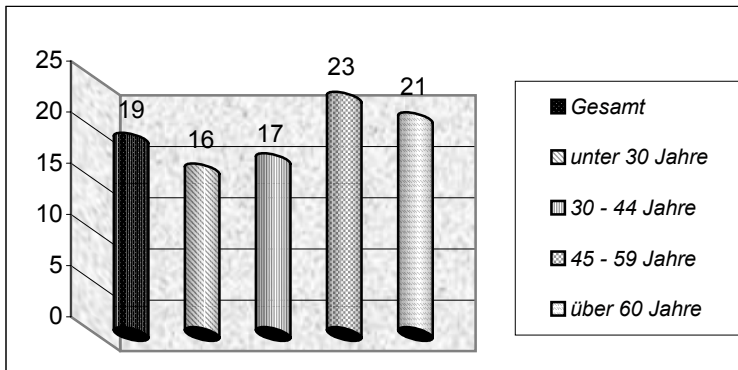


Tabelle 4: Wer wählte Schill? Altersgruppen

Die sog. „kleinen Leute“, Männer und Ältere bilden das größte WählerInnenpotential²⁹ für die Schill-Partei. In ihrem aufschlußreichen Aufsatz schlußfolgern Raschke/Tils „Schills Anhängerschaft besteht aus zwei Seg-

²⁹ vgl. Michael Hartwig, "Die Hamburger PDS und das "urbane Milieu" - eine empirische Analyse mit den Daten zur Europawahl 1999 und zur Bürgerschaftswahl 2001 in Hamburg", in: Rosa-Luxemburg-Bildungswerk e.V. (Hg.), a.a.O., S. 3ff.

menten: einem rechts-bürgerlichen und einem, vorzugsweise sozialdemokratisch gespeisten, rechts-populistischen Teil. Beide ließen sich unter dem Thema innere Sicherheit zusammenführen, verbinden mit ihrer Stimmabgabe für die Schill-Partei unterschiedliche Erwartungen. Die bürgerlichen Wähler lassen sich mit einem pragmatischen Regierungsstil zufriedenstellen, der insbesondere zur Entschärfung der als dramatisch empfundenen Probleme der inneren Sicherheit in Hamburg beiträgt. Die rechtspopulistischen Wähler dagegen, aus sozialen Randlagen und politisch entfremdet, dürften mehr erwarten.³⁰

Schill an der (Regierungs-)Macht: „Ich bin das verkörperte Protestpotential“³¹

Wenn es stimmt, daß der Erfolg der Schill-Partei wesentlich Ergebnis ihres populistischen Auftretens gewesen ist, stellt sich die Frage, wie dieses Level in der Regierung auf Dauer gehalten werden kann. Es ist offen, allerdings nicht auszuschließen, daß insbesondere WählerInnen aus sozialen Problem- und Randlagen ihre erhofften Vorteile eines Tages „abrechnen“ wollen.

Es sei die Vermutung gestattet, daß hierzu zweifelsohne die deutliche Verbesserung in den sozialen Brennpunkt-Stadtteilen, die tatsächliche Verbesserung der Arbeitsmarktlage, vor allem auch für die jüngeren, und die Verbesserung der Sicherheitslage gehören wird. Vermutet werden kann jedoch auch, daß neben konkreten Maßnahmen in diesen Bereichen die Verstärkung repressiver Maßnahmen im Allgemeinen und Maßnahmen gegen Migrantinnen und Migranten im Sinne einer über Zuwanderungsbegrenzungen hinausgehenden deutlichen Reduzierung eingefordert werden.

Ohne hier eine umfassende Bewertung des seit knapp 100 Tagen im Amt befindlichen Hamburger Senates vornehmen zu wollen, läßt sich feststellen, daß es sich bei zahlreichen Maßnahmen überwiegend um symbolische Politik handelt. Die PolizistInnen in Hamburg sollen wieder „hanseatisch-dunkelblaue Uniformen“ erhalten, um damit ihr Selbstwertgefühl zu stärken und besser motiviert ihren Job zu machen. In einer Kampagne werden BürgerInnen und Unternehmen dafür zu Spenden aufgerufen³². Die vom

³⁰ Joachim Raschke / Ralf Tils, a.a.O., S.49

³¹ So Schill in einem Interview, in: „Hamburger Abendblatt“ v. 26.09.01

³² Peter U. Meyer, Schill: Wer uns ausbremst, wird entfernt, in „Hamburger Abendblatt“ v. 7.11.01

rot-grünen Senat infolge des sog. Polizeiskandals und massiver Proteste von Bürgerinnen und Bürgern einberufene Polizeikommission wurde bereits als „polizeifeindliche“ Einrichtung abgeschafft. Die „ideologische Behinderung des Individualverkehrs“ durch Rot-Grün wird durch Entfernen von Pollern („Telefon-Hotline“), das Abdecken von einzelnen stationären Radarmeßanlagen, den Rückbau von Tempo-30-Zonen und die Ankündigung, einige Tausend unsinniger Verkehrsschilder zu entfernen, bedient.

In den Kernpunkten wird allerdings seit langem kräftig zurückgerudert. Bereits zwei Tage (!) nach der Wahl hat Schill in einem programmatischen Interview³³ essentielle Wahlkampfaussagen zurückgenommen. Die Halbierung der Kriminalitätsrate innerhalb der ersten hundert Tage? „Das ist natürlich ein plakatives Versprechen aus unserem Wahlprogramm. Ob es zwei, drei oder fünf Monate dauert, darauf kommt es nicht an.“ Die Schaffung eines dreispurigen Autobahnringes um Hamburg? „Dies ist sicher eine visionäre Forderung, die einige Zeit benötigen wird.“ Die Forderung, 2000 Polizisten einzustellen (die CDU forderte 450)? „Politik ist die Kunst des Kompromisses.“ Aus diesen 2000 sind inzwischen 280 Angestellte geworden sowie 20 Beamte, die vom Freistaat Bayern jetzt für vier Wochen ausgeliehen werden³⁴. Bereits Zwölfjährige künftig dem Richter vorführen? Das Senken des Strafmündigkeitsalters „war mehr eine Vision als eine konkrete Maßnahme“.³⁵

Auf einem anderen Feld nähert sich Schill gleichfalls normalen Hamburger Verhältnissen an. Wollte er im Wahlkampf noch den Filz bekämpfen, bekämpft er jetzt entsprechende Vorwürfe, die an die eigene Adresse gerichtet sind. Zunächst kündigte er vollmundig an: „Unser Credo ist es, kompetente Leute zu nominieren. Wir wollen nicht, wie es in der Vergangenheit gemacht wurde, Senatoren oder wichtige Positionen nach Parteibuch besetzen.“³⁶ Betrachtet man die PRO-Senatorenriege (Schill, Mettbach, Rehaag) sieht es anders aus und obwohl über Qualifikation hier nicht geurteilt werden soll, scheint mehr im Spiel zu sein.

³³ Peter Kruse/Holger Dohmen, Ich bin der verkörperte Protest, in: „Hamburger Abendblatt“ v. 26.09.01/Die folgenden Zitate ebenda

³⁴ Die Kosten dieses Sicherheitstourismus werden pikanterweise durch Kürzungen bei der Ausbildung der Hamburger Feuerwehrleute „eingespielt“.

³⁵ Jörn Breiholz, Ronald Schill rückt von seinen Wahlversprechen ab, in: „Berliner Zeitung“ v. 6./7.10.01

³⁶ Peter Kruse/Holger Dohmen, a.a.O.

„Peter Rehaag kennt Schill seit 22 Jahren, er hat gemeinsam mit ihm studiert, nennt ihn einen alten Freund.“³⁷ Mario Mettbach „sei als „graue Eminenz“ der eigentliche Parteichef. Schill dagegen die Gallionsfigur. ... SPD-Fraktionsvize Walter Zuckerer legt noch einen drauf: „Metzbach ist ein Wanderer zwischen den Parteien und eine intrigante Hochbegabung“.³⁸ Beispiel Dirk Nockemann. Er ist zugleich stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Schills Büroleiter. Nicht nur, das der Doppelverdiener damit einen langen Arbeitstag hat, er stimmt als Abgeordneter über die Gesetze ab, mit denen er als Behördenangestellter im Auftrag seines Chefs selbst beschäftigt ist. Zur Zeit zwar noch rechtlich legal, aber politisch bedenklich. Die Rede von der Vetternwirtschaft³⁹ kommt auf. Auf dem Schill-Parteitag kam entsprechende Kritik auf, ein ‚linker Flügel‘ forderte Mitbestimmungsrechte für die Basis und die rasche Ausweitung der programmatischen Vorstellungen auf die Bereiche Jugend-, Senioren- und Sozialpolitik, die Schill jedoch als Gerede einer unbedeutenden Minderheit abqualifizieren konnte.

Der „verliebte Senator“⁴⁰ Mettbach bildete den bislang traurigen Höhepunkt dieser Art von Personalpolitik. Bau- und Verkehrssenator Mettbach stellte seine Lebensgefährtin als persönliche Referentin in der Gehaltsgruppe BAT IIa ein. Bürgermeister von Beust zog die Notbremse weil ihm „offenbar klargeworden (war), daß die Mettbach-Affäre der letzte Tropfen in einem Faß sein könnte, das bereits bis zum Überlaufen voll war mit höchst umstrittenen Personalentscheidungen.“⁴¹ Mettbach entschuldigte sich im Parlament und blieb, seine persönliche Referentin bat um Auflösung des Arbeitsvertrages aufgrund „des großen Drucks der Presseberichterstattung“. Trotz dieser Schill’schen Filzvariante gehen Anhängerinnen und Anhänger davon aus, das die ‚blutjungen Senatoren‘, ohne Amtserfahrung, den sozialdemokratischen Beamten lediglich ein ums andere Mal in offene Messer gelaufen seien⁴².

³⁷ René Wagner, Nach dem Mäntelchen der Barmherzigkeit die Abschreckung, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ v. 29.09.01

³⁸ zit.nach: Nicola Sieverling / Torsten Gerber, „Einer benutzt den anderen“, in: „Die Welt“ v. 26.08.01

³⁹ René Wagner, Schwachstelle Schickeria, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ v.1.12.01

⁴⁰ Aufmacher in „Bild“ v. 22.01.02

⁴¹ Ernst-Gerhardt Scholz, Nicht Mettbach kam die Erleuchtung, in: „Hamburger Abendblatt“ v. 23.01.02

⁴² René Wagner, Es fehlt an Könnern, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ v. 2.02.02

Zahlreiche Politikerinnen und Politiker - vor allem aus SPD, FDP und Grünen - glauben an die rasche Entzauberung Schills. Auszuschließen ist das nicht, dennoch ist Vorsicht geboten. Die Sicherheit, mit der beispielsweise SPD-Oppositionsführer Uwe Grund aufgrund eines gesunkenen Umfragerwertes der Schill-Partei schlußfolgert „Das ‚Phänomen Schill‘ wird entzaubert.“⁴³ beängstigt eher. Auch der Prozeß gegen Schill wegen des Verdachts der Rechtsbeugung bzw. Freiheitsberaubung im Amt hat ihm in seiner Wählerinnen- und wählerklientel nicht geschadet, handelt es sich in deren Augen schließlich angeblich um Rachefeldzüge der politischen Klasse gegen den einzig Aufrechten. Gut möglich also, daß Schill in der Regierung scheitert oder daß die Senatskoalition insgesamt keine vier Jahre übersteht. Doch sollten sich Linke unterschiedlichster Ausrichtung und insbesondere die SPD nicht zu sehr darauf verlassen. Hier bedarf es der tatkräftigen Mithilfe von BürgerInnen und Medien und nicht zuletzt der politischen und gewerkschaftlichen Linken.

Perspektiven: Erobert „Gröwaz“⁴⁴ Schill den Norden und Osten der Republik?

Unterstellt, die veröffentlichten Zahlen stimmen, dann wächst die Schill-Partei⁴⁵ auch in anderen Bundesländern sprunghaft an. Neben der Ausgangsbasis Hamburg, die mit 4.700 Mitgliedern⁴⁶ führt, gibt die Partei für Sachsen-Anhalt über 800 Mitglieder⁴⁷ an und wird dort zur Landtagswahl im April antreten. Im Nachbarland Sachsen habe die Partei über 100 Mit-

⁴³ Pressemitteilung Uwe Grund, Forsa-Umfrage: Schill entzaubert, Pressestelle SPD 25.01.02

⁴⁴ Schill formuliert im Interview allen Ernstes: „Das hat uns in Hamburg zum *größten Wahlsieg aller Zeiten* geführt.“ vgl. Gerald Praschl, So will Richter Schill den Osten erobern, in: „Superillu“ Nr. 48/2001

⁴⁵ Aufgrund der kurzen Existenzdauer der PRO sind keine Daten über die Parteimitglieder bekannt. Auch zu Unterstützern und finanziellen Förderern ist wenig bekannt. Es sollen sich mehrere Großspender (über 20 TDM) darunter befinden. Sie müßten im nächsten Rechenschaftsbericht des Deutschen Bundestages enthalten sein. Allerdings sind bereits einige wenige Hamburger Geschäftsleute bekannt, die vor der Wahl in Anzeigen ihre Unterstützung für Schill bekundet haben.

⁴⁶ „Hamburger Abendblatt“ v. 14.01.02 (Es besteht Unklarheit, ob die Zahl für Hamburg auch Mitglieder aus anderen Bundesländern einschließt. Für den Hamburger Vergleich: SPD 14.000, CDU 10.100, FDP 1.260, GAL ca. 1.300)

⁴⁷ „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ v. 14.01.02

glieder⁴⁸ und zahlreiche Interessenten. In Niedersachsen führt der ehemalige Salzgitter AG Manager Selenz den 400 Mitglieder⁴⁹ starken Landesverband, der im Februar 2003 zur Landtagswahl antreten will. In Schleswig-Holstein soll in Kürze ein Landesverband⁵⁰ gegründet werden, der Antritt zur nächsten Landtagswahl wird geplant. In Berlin soll ein Landesverband gegründet werden, z.Z. gäbe es 200 Mitgliedsanträge⁵¹. In Mecklenburg-Vorpommern hat die Partei 270 Mitglieder⁵², bildet erste Orts- und Kreisstrukturen⁵³ und der Antritt zur Landtagswahl am 22.September diesen Jahres ist ausgemachte Sache.

In allen Landesverbänden zeigt sich vorsichtig, daß neben Parteilosen und SPD-Mitgliedern hauptsächlich Mitglieder von CDU und FDP - einige wenige davon mit Mandat oder politischer Erfahrung - den Weg in die Schill-Partei finden. In den Ostdeutschen Ländern kommen frühere Mitglieder der SED hinzu. Über die Aufnahme ehemalige MfS-Mitarbeiter wolle man erst später nachdenken⁵⁴. Erwähnt wird, daß es sich um Handwerker und Gewerbetreibende, Mittelständler sowie Beamte und vor allem viele junge Menschen handeln würde. Diese Erfolgsdaten sollten jedoch nicht über die Probleme eines stabilen Parteiaufbaus hinwegtäuschen.

Bereits in Hamburg war die fehlende politische Kompetenz ein Problem⁵⁵. „Schill führt eine kaum greifbare, bislang nicht arbeitsfähige „Partei“, in deren Fraktion sich absolute Polit-Neulinge und Dilettanten mit ehemaligen Mitgliedern von CDU, SPD und Statt-Partei mischen, die selbst in der Kommunal- und Landespolitik bestenfalls der dritten Reihe angehörten.“⁵⁶ Schill ist es bislang kaum gelungen, bürgerliche „Experten“ von außerhalb seiner eigenen Partei für Posten und die Beratung zu gewinnen. „Schill selbst ist dermaßen neu im politischen Geschäft, soweit erkennbar bislang

⁴⁸ „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ v. 04.01.02 Das Neue Deutschland meldet wenig später 150 Mitglieder. Neues Deutschland v. 28.01.02

⁴⁹ Ludger Fertmann, Stahlmanager hilft Schill in Niedersachsen, in: „Hamburger Abendblatt“ v. 10.01.02

⁵⁰ „Frankfurter Allgemeine Sonntags-Zeitung“ v. 02.12.01

⁵¹ Berliner Zeitung v. 05.02.02

⁵² „Die Welt“ v. 26.01.02

⁵³ „Frankfurter Allgemeine Sonntags-Zeitung“ v. 27.01.02

⁵⁴ „Frankfurter Allgemeine Sonntags-Zeitung“ v. 02.12.01

⁵⁵ vgl. Nicola Sieverling / Torsten Gerber, a.a.O.; Per Hinrichs / Jens Meyer-Wellmann, Schills Mannschaft: Wer ist das eigentlich?, in: „Hamburger Abendblatt“ v. 25.09.01; René Wagner, Nach dem Mäntelchen ... a.a.O.

⁵⁶ Florian Weis, a.a.O.

auch ohne bedeutende Berater im Hintergrund, ..., so daß er dringend neue Verbündete und Förderer braucht. Ob er zu einer solchen strategischen Einsicht, die auch eine Begrenzung seiner Egomane erforderlich würde, bereit und imstande ist, erscheint zweifelhaft.⁵⁷

Besondere Beachtung verdient die Situation in Sachsen-Anhalt. Dort finden im April Landtagswahlen statt. Die DVU erlangte 1998 12,9 Prozent der Stimmen, die Wählerbindung an die Parteien ist außerordentlich gering⁵⁸ und die Frage ist offen, wie sich die Jahre der Tolerierung der SPD-Minderheitsregierung auf die PDS auswirken wird. Für Schill wird die Wahl in Sachsen-Anhalt zum entscheidenden Schlüssel zum weiteren Aufstieg. Dort müsse der Ministerpräsident gestellt werden und vom Ergebnis hänge auch die Teilnahme an der Bundestagswahl ab.

„Zum regionalen Statthalter ist der Hamburger Millionär Ulrich Marseille aufgerückt. Er hat sein Vermögen im Bereich privatkapitalistisch betriebener Pflege- und Reha-Kliniken eingesetzt. In Halle ist er zudem als Investor von 2.700 Plattenbauten, als unermüdlicher Kläger gegen die Stadtverwaltung wegen Differenzen über den Kaufpreis der Siedlung und als Finanzier einer rechtspopulistischen Protestliste bekannt, die mit 7,1 % und vier Stadtratssitzen belohnt wurde. Als entschiedener Vertreter des >Mittelstandes< und dessen nationalkonservativer Werte hat er sich nicht profiliert. Sein Klinikunternehmen prozessiert in Sachsen-Anhalt um die Gewährung von rund 100 Mio. DM Fördergeldern. Logischerweise hat die Ernennung eines solchen Landesleiters der Schill-Partei sofort Turbulenzen ausgelöst. Enttäuschte Regionalpolitiker, die gleichfalls in den Dienst der rechtsstaatlichen Offensive treten wollten, sprechen von einem Wirtschaftshai, der die Ausplünderung der Sozialkassen von Sachsen-Anhalt im Auge habe. Auf jeden Fall ist mit dieser personalpolitischen Entscheidung das Image einer mittelstandsfreundlichen Antifilz-Partei beschädigt worden.“⁵⁹ Eine positive Sichtweise auf die Einsetzung von Marseille, der im Herbst letzten Jahres aus der CDU austrat, besteht andererseits darin, daß seine finanzielle Potenz und professionellen Management-Fertigkeiten⁶⁰ nicht unterschätzt wer-

⁵⁷ ebenda

⁵⁸ vgl. Karl-Rudolf Korte, zit.nach: Schill: Hamburg, Magdeburg und dann noch Berlin?, in: „Hamburger Abendblatt“ v. 3.12.01

⁵⁹ Joachim Bischoff/ Meinhard Meuche-Mäker, Krankenhäuser als Kapitalanlage? Zukunft der Schill-Partei, in: „Disput“, Berlin, Januar 2002

⁶⁰ Michael Wiesberg, a.a.O.

den sollten, zumal Parteigründungen bekanntermaßen Politnarren und Wichtigtuer in Größenordnungen anziehen.

Nicht unbeachtet sollte bleiben, daß viele von denjenigen, die sich für die Schill-Partei engagieren, „das ostdeutsche Element in der Politik betonen: die Erfahrung der Wendezeit, das Gefühl gemeinsam etwas bewegen zu können.“⁶¹ In Sachsen-Anhalt sollen Sicherheit und Kriminalität als Kernthemen der Schill-Partei ergänzt werden um die Themen Wirtschaft, Finanzen, Arbeits- und Zukunftslosigkeit im Osten. Die programmatische Erweiterung der Schill-Partei ist eine Bedingung der Fortsetzung ihres Erfolges in den ostdeutschen Ländern. Hierdurch entsteht zwangsläufig eine Konkurrenzsituation zu allen Parteien, forciert jedoch zur PDS. Sie wird von Schill als der größte politische Gegner aufgefaßt⁶². Bislang sind es neben Marseille lediglich einzelne Abweichlerinnen und Abweichler aus CDU und SPD⁶³, die das Personal der neuen Partei bilden. Durchaus allerdings nicht nur Scharlatane und Gescheiterte sondern auch ‚honorige‘, anerkannte Bürger. Die DVU hat unmittelbar nach dem Gründungsparteitag der Schill-Partei erklärt, sie werde aus finanziellen und personellen Gründen nicht wieder zur sachsen-anhaltinischen Landtagswahl antreten. Ein gewichtiges WählerInnenpotential ist damit nicht einmal mehr umkämpft.

Die Umfragen sahen Schill im Dezember und Januar unter fünf Prozent. Dies sollte allerdings niemand beruhigen: die Gründung des Landesverbandes hat jetzt erst stattgefunden, niemand weiß wieviel Geld zur Verfügung steht und auch in Hamburg ist das reale Wahlergebnis erheblich höher als alle Umfrageergebnisse gelegen. Wenn die Schill-Partei in Sachsen-Anhalt erfolgreich sein sollte, dann ist allerdings auch von einem erfolgreichen Abschneiden in Mecklenburg-Vorpommern am 22. September auszugehen.

Bei den Schill'schen Expansionszielen bleibt der Süden der Republik vorerst ausgespart. In Sachsen allerdings zeigt man sich schwankend, der Mitgliederzustrom sei sehr groß. In Bayern und Baden-Württemberg findet

⁶¹ Werner van Bebber, Über Sachsen-Anhalt in den Reichstag, in: „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ v. 20.01.02

⁶² Gerhard Praschl, a.a.O.

⁶³ Genannt werden die CDU-Landtagsabgeordnete Gudrun Schnirch, Karola Lähler vom ASF-Landesvorstand, der Ex-SPD-Kreistagschef von Aschersleben, Watermann, der Ex-Polizeipräsident von Halberstand, Haur, sowie der Spitzenkandidat zur Landtagswahl, der 55 jährige Wirtschaftsprofessor Michael Kausch, vgl. MDR Online v. 18.01.,01.02.,03.02.02

Schill die Welt eigentlich in Ordnung. „Wir bezeichnen uns gerne als eine CSU des Nordens, aber im Gegensatz zur bayrischen CSU ohne religiöse Ausrichtung. Wir streben eine enge Sicherheitspartnerschaft mit dem CSU-regierten Bayern an.“⁶⁴ Nicht nur hieraus ergibt sich für Schill und seine Mannen ein strategisches Problem für die Bundestagswahlen in diesem Herbst.

Ausblick: Hat die Schill-Partei eine Zukunft?

Zunächst sollte nüchtern festgehalten werden, daß die Schill-Partei in der konsensorientierten bundesrepublikanischen Gesellschaft bislang außergewöhnlich erfolgreich gewirkt hat. Nicht nur die Tatsache, daß sie die Gewinnerin der Hamburger Bürgerschaftswahl war, sondern auch, daß sie bereits vor ihrem Einzug in Bürgerschaft und Landesregierung die Geschichte der Stadt massiv beeinflußt hat, sie also gewissermaßen die seit langem erfolgreichste außerparlamentarische Kraft gewesen ist, sollte beachtet werden. Die Veränderung des politischen Klimas⁶⁵, die Veränderungen in der innenpolitischen Ausrichtung des rot-grünen Senats - als Stichwort sei nur die Einführung des sog. Brechmitteleinsatzes durch den damaligen Innensenator und SPD-Landesvorsitzenden Scholz genannt – mögen als Beleg an dieser Stelle ausreichen.

„Selbst wenn sich das Schill-Phänomen schnell verflüchtigen oder regional begrenzt bleiben sollte – eine mittelfristige Verhärtung in der Innen- und Migrationspolitik wird das Ergebnis vom 23. September 2001 auf jeden Fall befördern. Erinnert sei an die weitgehende Einschränkung des Asylrechts 1993, der nicht zuletzt Wahlerfolge von Republikanern und DVU vorausgingen, die in CDU/CSU und SPD den migrationsfeindlichen Teilen Auftrieb gaben. Nun brauchen ein Schily, Beckstein oder Koch kaum noch zusätzliche Argumente für einen „starken Staat“ und gegen eine humane und realistische Migrationspolitik, doch wird es ihnen nach den Terroranschlägen in den USA und dem Erfolg von Schill leichter fallen, ihre Linie durchzusetzen.“⁶⁶

Der Erfolg der Schill-Partei liegt neben den oben ausführlich genannten Gründen auch in der Schwäche der CDU. Die Koalitions- bzw. Duldungs-

⁶⁴ Gerhard Praschl, a.a.O.

⁶⁵ vgl. Werner A. Perger, Angst machen lohnt sich, in: „Die Zeit“ Nr. 40/01

⁶⁶ Florian Weis, a.a.O.

bereitschaft von großen Teilen der FDP wie der PDS läßt Schröder mehrere Optionen zur Fortsetzung seiner Regierungsgeschäfte. Insofern werden die Unionsparteien kurzfristig wenig mit ihrem „Erfolg“ in Hamburg anfangen können. „Der Schill-Faktor wirkt stärker in die Union hinein, als ihr lieb sein kann“.⁶⁷ In der Union gehen viele Politiker davon aus, daß die Zusammenarbeit mit Schill nicht der strategisch richtige Weg ist. Rüttgers, Wulff und andere warnen davor.⁶⁸ Zu befürchten ist aber gerade deshalb ein Rechtsruck in der Union. Gegen „Schill selbst, ist nur ein Kraut gewachsen: die rechtzeitige Besetzung des stammtischpolitischen Terrains.“⁶⁹

Der Auftakt dieser Entwicklung könnte mit der Entscheidung zugunsten des Kanzlerkandidaten Stoiber gefallen sein. Stoiber wird zugeschrieben, daß er befürchtet, daß die Union in einer Zangenbewegung von FDP und Schill-Partei untergehen würde. „Sein (Schills) Wahlerfolg hat außerhalb der Hansestadt keinen deutschen Politiker so beunruhigt und aufgewühlt wie den bayrischen Ministerpräsidenten“.⁷⁰ „Schill ist in Stoibers Augen insofern ein zweiter Schönhuber, als er den Unionsparteien politische Positionen abspenstig machen möchte, ohne die weder CSU noch die CDU Mehrheiten gewinnen kann.“⁷¹ Es ist davon auszugehen, daß Stoiber dem seine „bayrische“ Politik entgegensetzen wird.

Ob Schill - wenn er denn scheitert - an sich selbst scheitern wird oder ob andere Umstände dazu beitragen werden, muß zu diesem Zeitpunkt eine offene Frage bleiben. Ein entscheidendes Moment wird dabei die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt spielen und die davon abhängende Frage, ob sich Schill erfolgreich an der Bundestagswahl beteiligen wird. Die Aussagen aus der Schill-Partei hierzu haben eine kurze Verfallsdauer. Und auch Schills Aussage beim Neujahrsempfang der Schill-Partei am 16.01.02. „Es läuft nach meiner Einschätzung eher darauf hinaus, daß wir nicht (zur Bundestagswahl) antreten.“⁷² gibt lediglich den tages-aktuellen Stand wieder. Schließlich werde eine Entscheidung erst „in den nächsten Tagen und Wochen“ fallen. Im April tagt der Bundesparteitag der Schill-Partei.

⁶⁷ Holger Dohmen, Die Union und die Versuchung Ronald Schill, in „Hamburger Abendblatt“ v. 21.01.02

⁶⁸ Stephan Löwenstein, Mit Achillesferse, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ v. 01.12.02

⁶⁹ Werner A. Perger, a.a.O.

⁷⁰ Roswin Finkenzeller, Unduldsam, in: „Frankfurt Allgemeine Zeitung“ v. 28.01.02

⁷¹ ders., Jenseits bayrischer Grenzen darf man ruhig einmal verlieren, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ v. 14.01.02

⁷² zit.nach „Hamburger Abendblatt“ v. 17.01.02

Die politische Linke muß sich Antworten und Politikkonzepte einfallen lassen, die unmittelbar auf die von der Schill-Partei ausgehenden Gefahren eingehen. Aber selbst im wünschenswerten Fall des kurzfristigen Niedergangs der Schill-Partei verschwinden damit nicht die Probleme, die ursächlich dazu beigetragen haben, daß Bürgerinnen und Bürger Schill gewählt haben. Die politische Linke sollte diese Probleme ernst nehmen und demokratische, emanzipatorische und solidarische Vorschläge zu ihrer Lösung entwickeln. In Hinblick auf die Bundestagswahl ist dafür allerdings nicht mehr unbegrenzt Zeit.

Hamburger Skripte 2
Hrsg. Rosa-Luxemburg-Bildungswerk e.V.

Meinhard Meuche-Mäker

**Ein Politisches Beben verändert die Stadt
– bald auch die Republik?
Gedanken zum Aufstieg der Schill-Partei**

In der Reihe Hamburger Skripte ist bisher erschienen:

**Hamburger Skripte 1: Links • WählerInnen • Potenziale
Hintergründe und Schlussfolgerungen zur Wahl der Hamburger
Bürgerschaft 2001**

Rosa-Luxemburg-Bildungswerk
Hamburger Forum für Analyse, Kritik und Utopie e.V.

Bornstraße 1 - 20146 Hamburg
Telefon 0179-2732844
info@Rosa-Luxemburg-Bildungswerk.de
www.rosa-luxemburg-bildungswerk.de